

## Positionpapier Familie in Kürze

Stand 01.12.2017

### Grundsätze:

Subsidiarität: Die Grünliberalen Stadt Bern sehen die Organisation des Familienlebens als Teil des privaten Lebens, welches in erster Linie dem Individuum obliegt und nicht dem Staat. Zur Sicherung der Chancengerechtigkeit für Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche befürworten die Grünliberalen jedoch Massnahmen.

Freie Wahl Familienmodell: Das Familienverständnis der Grünliberalen respektiert die Vielfalt der Familienformen. Die grünliberale Politik gestaltet ihre Massnahmen so, dass die einzelne Person in Freiheit und Verantwortung ein selbstbestimmtes Leben führen kann und schafft Rahmenbedingungen, welche diese Wahlfreiheit sicherstellen/unterstützen.

Chancengerechtigkeit: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zentral im Kampf gegen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und zwischen jungen Erwachsenen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Chancengerechtigkeit ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Eltern, Betreuungsinstitutionen, Arbeitgeber sowie die öffentliche Hand gemeinsam in der Verantwortung stehen. Bei Massnahmen sind alle vier Akteure in die Pflicht zu nehmen.

### Motivation:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Grünliberalen Stadt Bern ein Querschnittsthema und in mehrerer Hinsicht zentral.

1. Sie ist langfristig Grundvoraussetzung für die Erreichung von Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau.
2. Sie entlastet die Sozialwerke und hilft diese finanziell zu sichern
3. Sie ermöglicht eine hohe Arbeitsmarktintegration der Eltern
4. Sie lindert den Fachkräftemangel durch die Erwerbstätigkeit von ausgebildeten Elternteilen, umgekehrt bedeutet die Nicht-Erwerbstätigkeit von teuer ausgebildeten Arbeitskräften ökonomisch einen Verlust
5. Sie macht die Stadt Bern als Wirtschaftsstandort attraktiver

### Forderungen

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung stellt die Grundlage für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Bedarfsgerecht ist nicht gleichbedeutend mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, gemeint ist eine genügende Anzahl von Betreuungsplätzen (mit kurzen oder keinen Wartezeiten) in angemessener Erreichbarkeit mit ausreichenden Öffnungszeiten zu bezahlbaren Bedingungen. Das Stadtberner Modell der Betreuungsgutscheine anstelle von subventionierten staatlichen Kitas, welches auf eine Forderung der glp zurückgeht, erfüllt diese Forderungen grundsätzlich gut. Es gilt das Modell stetig weiter zu entwickeln und der Zeit anzupassen (z.B. Digitalisierung).

Weitere Forderungen zur Erreichung unserer Ziele sind:

Flächendeckende Tagesschulen oder Ganztageschulen inkl. qualitativ hochwertiger Betreuung während der Schulferien; altersgerechte, familien- und unterrichtsergänzende Betreuung; priorisierte Umsetzung von Instrumenten zur Förderung von Erwerbsarbeit beider Elternteile; finanzielle Fehlanreize, die dazu führen, dass sich zusätzlicher Erwerb nicht lohnt, abschaffen; die Einführung einer zivilstandunabhängigen Individualbesteuerung auf Bundes- und auf kantonaler Ebene; die wirtschaftliche Eigenverantwortung der Frauen und die bessere Nutzung des ausgebildeten Fachkräftepotentials höher zu gewichten als kurzfristige Umstellungskosten der Steuerbehörden; Elternzeit anstatt Mutterschaftsurlaub mit zeitlichem Ausbau (mehr als 14 Wochen), wenn beide erwerbstätig sind und Urlaub geteilt (von beiden bezogen) wird.